

---

### Auf beiden Seiten

Der gesundheitspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, hielt über einen Treuhänder gemeinsam mit einem Lobbyisten jahrelang **Anteile an einer PR-Agentur**, die auch Klienten der Gesundheitsbranche berät

# Im Nebenjob Abgeordn





**Lukrativer Arbeitsplatz**  
Politiker Spahn an einem Modell des Reichstags. Neben ihm verdienen 194 weitere Abgeordnete Geld zusätzlich zum Mandat – seit 2009 insgesamt 22,5 Millionen Euro

# meter

Wenige Bundestagsabgeordnete verdienen zusätzlich so viel wie SPD-Kanzlerkandidat PEER STEINBRÜCK. Interessante Geschäftsmodelle entwickeln manche trotzdem – ohne Sorge um Interessenskonflikte

Als Peer Steinbrück wegen seiner Nebenverdienste unter Druck geriet, konnte Jens Spahn nicht an sich halten. Die stolzen Honorare für den SPD-Kanzlerkandidaten seien wohl „so 'ne Art Betreuungsgeld“ gewesen, twitterte der CDU-Gesundheitsexperte hämisch.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Spahn macht ebenfalls gern Nebengeschäfte. Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie. Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharma-Großhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war.

#### Das Geschäftsmodell des Abgeordneten

Spahn ist so klug wie anrühlich: Als Politiker entwickelte er die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. Einfluss und Insiderkenntnisse sind bares Geld für die Großkonzerne. Partner Jasper, Chef zweier Beratungsgesellschaften (Politas und die KPW – Gesellschaft für Kommunikation und Wirtschaft), hatte ebenfalls Zugang zu den Informationen: Er leitete bis 2006 das Bundestagsbüro des Abgeordneten Spahn. Danach arbeitete er in Teilzeit weiter und gleichzeitig als Lobbyist.

Das Geschäft war einträglich: Im Jahr 2007 etwa schüttete die Politas nach FOCUS vorliegenden Steuerunterlagen über das Bankkonto mit der Nummer 6603 017 413 der Berliner Sparkasse gut 32 000 Euro Gewinn an die Gesellschafter aus – auch Spahn kassierte. Politas wirbt noch heute auf seiner Website mit guten Kontakten in den Deutschen Bundestag: „Ganz gleich, ob es um eine Anhörung, ein Hintergrundgespräch oder um eine Plenardebatte geht. Wir sind für Sie dabei.“ ▶





## 195 Abgeordnete des Deutschen Bundestags haben **Neben- einkünfte**

Dass Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesundheitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewusst, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma. Eine GbR muss ihre Geschäfte und Gesellschafter nicht veröffentlichen. Offiziell tauchte nur Jasper als Eigentümer der Agentur auf. Lediglich aus FOCUS vorliegenden Steuerunterlagen werden die Politas-Teilhaber klar: Treuhänder Jasper, Müller und eben auch Spahn.

Auf Anfrage bestätigte der Politiker seine 25-Prozent-Beteiligung bis Mai 2010. Er habe seinem Freund Jasper bei der Finanzierung geholfen, so Spahn. „Aus Gründen der Praktikabilität haben wir uns für die treuhänderische Lösung entschieden.“ Für ihn steht fest: „Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben.“ Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik. Er entschied mit über Reformen, bei denen es zum Leidwesen der Gesundheitsbranche stets um Einsparungen in Milliardenhöhe ging.

**Im Mai 2010 verkaufte Spahn seine Politas-Anteile.** Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden wollen, lautet die Begründung.

Spahn ist nicht der einzige Abgeordnete, der sein Mandat mit der Beratung ausgerechnet jener Branche verknüpft, die von seinen politischen Entscheidungen betroffen ist. Vor allem Gesundheitspolitiker tauchen oft in der Hitliste der Spitzenverdiener im Parlament auf – in keiner anderen Branche sind die Lobbyinteressen größer.

Beispiel Rudolf Henke. Der Unionsabgeordnete aus Aachen war vor dem

Mandat als Arzt tätig – und ist seinem Berufsstand noch immer eng verbunden. Henke macht sich in vielen Funktionen für Ärzteinteressen stark, unter anderem als Präsident der Ärztekammer Nordrhein, die ausdrücklich die „Wahrnehmung der beruflichen Belange der Ärzteschaft“ zu ihren Aufgaben zählt.

**Die Präsidenschaft firmiert offiziell als Ehrenamt** – unbezahlt ist sie allerdings nicht. Mit 5780 Euro pro Monat wird Henke für sein zeitliches Engagement entschädigt, hinzu kommen Erstattungen für Flüge oder Übernachtungen. Außerdem ist Henke Vorsitzender des Marburger Bundes – und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Für beide Jobs

»Das Abgeordneten-  
gesetz verlangt,  
dass die **Ausübung  
des Mandats im  
Mittelpunkt** der  
Tätigkeit steht«

Martin Reyher,  
Abgeordnetenwatch

bekommt er jeweils mindestens 10000 Euro pro Jahr. Auch die Allianz Krankenversicherung überweist ihm als Minimum 10000 Euro jährlich dafür, dass er an den Sitzungen ihres Ärztebeirats teilnimmt. Insgesamt kommt der Multifunktionär so auf Nebeneinkünfte in Höhe von mindestens 100000 Euro im Jahr – womit er über seinen Bundestagsdiäten liegt.

**Wie unabhängig kann jemand sein**, der so viel nebenbei verdient? „Mein Ziel ist es, die ärztliche Erfahrung in unserem Gesundheitssystem in den parlamentarischen Prozess einzubringen“, rechtfertigt sich Henke. Martin Reyher von der Nichtregierungsorganisation Abgeordnetenwatch sieht das anders: „Das Abgeordnetengesetz verlangt, dass die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt steht.“

Das ist bei dem SPD-Abgeordneten Ullrich Meßmer mehr als fraglich. Schafft es der Hesse doch, als Gewerkschaftssekretär in mindestens einem halben Dutzend Leitungs- und Aufsichtsgremien zu sitzen. Ein Zeit raubendes Engagement. Denn viele Bundestagsabgeordnete arbeiten nach eigenen Angaben bis zu 80 Stunden in der Woche. Dafür verdienen sie 7960 Euro im Monat, hinzu kommt eine Pauschale von 4029 Euro für Kosten wie Reisen.

Von den 620 Parlamentariern bessern 30 ihr Einkommen als Berater auf, 29 arbeiten als Anwalt, 28 sitzen in Aufsichtsräten. 27 halten Vorträge und je 22 sitzen in Beiräten oder nehmen bezahlte Aufgaben in Verbänden, Stiftungen oder Gewerkschaften wahr. Ex-Minister wie Peer Steinbrück (SPD), Michael Glos (CSU) und Heinz Riesenhuber (CDU) führen die Hitliste der Nebenverdiener an.

Auch andere frühere Minister versilbern ihre Kontakte. Wolfgang Tiefensee, heute wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, einst Verkehrsminister in der Großen Koalition, sitzt für jährlich mindestens 10000 Euro im Beirat der Berliner E&E Information Consultants. Die Firma berät Organisationen und Kunden wie die Deutsche Bahn, Siemens, Vattenfall und EADS. Hinzu kommen Vorträge für Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfer und Handelsgesellschaften.

Auch die zweite Reihe verdient gut. Als einfaches Mitglied im Verkehrsausschuss fristet Peter Wichtel ein eher unauffälliges Dasein. Trotzdem gehört der CDU-Abgeordnete zu den Top-Verdienern. In der laufenden Legislaturperiode hat er ▶





**Top-Verdiener**

Peer Steinbrück (SPD) und Michael Glos (CSU) zählen zu den Abgeordneten mit den höchsten Nebeneinkünften. Der Kanzlerkandidat Steinbrück kassierte knapp zwei Millionen Euro nebenbei, bei Glos waren es mindestens 500 000 Euro

mehr als 92 000 Euro nebenbei verdient – als Aufsichtsrat beim Flughafenbetreiber Fraport. Zugleich überweist die Fraport AG „ihrem“ Abgeordneten mindestens 3500 Euro monatlich für eine Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter.

Im Parlament vertritt Wichtel mit Offenbach einen Wahlkreis, in dem es massiven Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens gibt. Die Fraport AG steht auf der anderen Seite. Und Wichtel wohl irgendwo dazwischen. „Da sind die Probleme absehbar“, meint Timo Lange von LobbyControl, einer Initiative für mehr Transparenz in der Politik. „Es ist zu keinen Interessenkonflikten gekommen“, verteidigt sich Wichtel. Zudem beende er seine Tätigkeit für Fraport.

Mehr als 30 Vorträge hat der Zahnarzt Rolf Koschorrek aus dem schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt in der Legislaturperiode gehalten. In den meisten Fällen bekam der CDU-Abgeordnete zwischen 1000 und 7000 Euro. Allein von der Berliner Firma Cognomed, die auf ihrer Homepage stolz damit wirbt, „ein enges Beziehungsgeflecht zu den wichtigen Führungs- und Entscheidungsträgern“ zu unterhalten, erhielt er mindestens 14 000 Euro an Vortrags- und Beraterhonoraren.

Er verdiente auch gut mit Aufsichtsratsmandaten, Beiratstätigkeiten und seit Anfang 2012 als Präsident des Bundesverbands Freier Berufe – allein dafür bekam er zwischen 3500 und 7000 Euro pro Monat. Insgesamt hat der Parlamentarier in der Legislaturperiode mindestens 183 000 Euro nebenbei erhalten.

Die Quittung für die vielen Nebenjobs haben ihm seine Parteifreunde im Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen-Süd inzwischen präsentiert. Als es darum

ging, wer bei der nächsten Bundestagswahl für die CDU antreten dürfe, fiel Koschorrek krachend durch.

**Carsten Schneider, SPD-Jungstar, fängt gerade erst an:** Im Sommer wurde er Sprecher des einflussreichen Seeheimer Kreises in der Bundestagsfraktion. Sein Wissen und seine Kontakte stellte der Erfurter Haushaltsexperte schon früher entgeltlich zur Verfügung. Er saß im Expertenrat der strategischen Unternehmensberatung CNC – Communications & Network Consulting. Die international tätige Gesellschaft ließ sich sein Fachwissen im Jahr 2009 mindestens 10 000 Euro kosten.

Es gibt aber auch Parlamentarier, die Unternehmen in Branchen beraten, für die sie nachweislich keine besondere Expertise aufweisen. Der ehemalige FDP-Chef Wolfgang Gerhardt etwa sitzt als

bezahltes Mitglied im Beirat der Alten Leipziger Lebensversicherung und der Halleschen Krankenversicherung. Einen besonderen Bezug zur Gesundheitspolitik hatte Gerhardt nie. „Darum geht es auch gar nicht“, sagt der FDP-Politiker, „für Gesundheitspolitik haben die ihre eigenen Leute.“ Worum es dann geht? „Die Einordnung von Fachthemen in die Gesamtpolitik, Beitragshöhen, die wirtschaftliche Lage – das ist die Erörterungsebene eines Beirats.“

Ähnlich sieht das Michael Fuchs. Seit 2009 hat der CDU-Abgeordnete zahlreiche Vorträge gehalten, war als Berater tätig und sitzt derzeit in sieben Führungsgremien von Unternehmen. Insgesamt hat er mindestens 155 000 Euro verdient – in den Bereichen Versandhandel, Bohrtechnik und Verlagswesen, um nur einige zu nennen. Bei Rhodius Mineralquellen sitzt Fuchs seit vielen Jahren im Beirat. „Dazu muss man kein Experte im Getränkehandel sein. Es geht um Akquisition, Immobilien, Firmenerweiterungen. Das ist bei allen Unternehmen gleich“, sagt Fuchs.

Er räumt ein, dass seine Tätigkeit in der Wirtschaft „erheblichen Einfluss“ auf seine politische Arbeit hat. Als Fraktionsvize ist er verantwortlich für Wirtschaft und Energie. Außerdem ist er Ehrenvorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand. „Die Firmen zeigen mir, ob unsere Vorhaben finanzierbar sind“, verteidigt sich Fuchs.

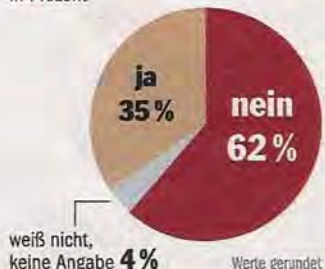
LobbyControl-Experte Lange sieht das anders. „Es geht bei Beratungen und Vorträgen nicht nur um Geld. Es geht um Kontakte.“ Firmen und Branchenverbände halten sich offenbar Politiker warm, entweder weil sie Informationen brauchen oder weil sie sich besonderes Verständnis für ihre Anliegen erhoffen. Bleibt dies aus, kann das innige Verhältnis schnell wieder abkühlen.

Wolfgang Gerhardt musste das am eigenen Leib erfahren: Für mehr als 7000 Euro im Jahr saß er bis April 2011 im Beirat des Bundesverbands privater Spielbanken. Als die Casino-Vertreter den Eindruck bekamen, die FDP bevorzuge die Automatenwirtschaft, wurde der Liberale Gerhardt aus dem Beirat der Spielbanken gewählt. ■

ARMIN FUHRER/TATJANA HEID/  
ANDREAS NIESMANN/TANJA TRESER

»Dürfen Abgeordnete Nebenjobs haben?«

in Prozent



Quelle: TNS Emnid für FOCUS

Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt Nebentätigkeiten für Volksvertreter ab